

CONTRA

Wirtschaftliche Interessen könnten akademische Governance-Modelle in Richtung einer unternehmerischen, profitorientierten Kultur verschieben, befürchtet Paul P. Momtaz.

» Die Freiheit der Wissenschaft ist unbestritten eine zentrale Voraussetzung für Innovation. Dennoch beobachten wir seit Jahren einen zunehmenden Einfluss wirtschaftlicher Interessen auf Forschung und Lehre, beispielsweise durch industriefinanzierte Projekte. Unsere empirische Forschung zeigt eindeutig: Je stärker die akademische Freiheit eingeschränkt wird, desto geringer ist sowohl die Menge als auch die Qualität der Innovationen. In einer umfangreichen Studie, die 157 Länder rückwirkend über mehr als ein Jahrhundert untersuchte, stellten wir fest, dass bereits eine moderate Einschränkung akademischer Freiheit signifikante Einbußen bei der Patentaktivität und der Qualität wissenschaftlicher Innovationen mit sich bringt.

Eine zentrale Gefahr könnte in der Verschiebung der Forschungsagenda weg von Grundlagenforschung hin zu kurzfristigen, kommerziell orientierten Projekten bestehen. Gerade die Grundlagenforschung zeichnet sich jedoch durch hohe Unsicherheit und langfristigen, oft unerwarteten Erkenntnisgewinn aus – der jedoch die Grundlage für eine transformative Innovation darstellt. Eine starke Einflussnahme von Wirtschaftsinteressen könnte diese langfristige Perspektive deutlich reduzieren.

Des Weiteren könnte ein zunehmender externer Einfluss eine schleichende Selbstzensur unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bewirken. Die Angst, Fördermittel zu verlieren, könnte dazu führen, dass kontroverse Themen gemieden und Forschungsergebnisse möglicherweise verzerrt dargestellt werden, um den Interessen der Geldgeber zu entsprechen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft untergraben, sondern könnte die Innovationskraft und schließlich auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum reduzieren.

Schließlich besteht das Risiko einer Erosion der institutionellen Autonomie der Universitäten. Der Einfluss wirtschaftlicher Interessen könnte strukturelle Veränderungen bewirken, die klassische akademische Governance-Modelle in Richtung einer unternehmerischen, profitorientierten Kultur verschieben. Die Folge könnten Einschränkungen in der freien akademischen Debatte und eine geringere Vielfalt in der Forschungslandschaft sein.



Paul P. Momtaz ist Inhaber des Lehrstuhls für Private Equity an der Universität Frankfurt. Er studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, Paris und Cambridge und war an der University of California, Los Angeles (UCLA) tätig. Er forscht zu Unternehmensfinanzierung und Corporate Finance mit einem besonderen Fokus auf Private-Equity-Märkten.

Wissenschafts-freiheit betrifft die gesamte Gesellschaft

Hinzu kommt, dass eine zu enge Bindung an kommerzielle Interessen die internationale Zusammenarbeit erschweren könnte. Viele wissenschaftliche Durchbrüche entstehen durch den offenen, globalen Austausch von Ideen und Methoden. Wenn Forschung zunehmend von kurzfristigen, nationalen oder wirtschaftlichen Interessen geprägt wird, könnte dies die internationale Vernetzung und Kooperation behindern, was letztlich die Innovationsgeschwindigkeit verlangsamen könnte.

Zudem könnte ein vermehrter wirtschaftlicher Einfluss auf die Forschung dazu führen, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weniger Risiken eingehen. Besonders junge Forschende benötigen die Freiheit, radikale, innovative Ideen ohne unmittelbaren kommerziellen Erfolgsdruck zu verfolgen. Werden sie frühzeitig in ein enges wirtschaftliches Korsett gezwungen, könnten bahnbrechende Innovationen und der nötige kreative Freiraum verloren gehen.

Angesichts dieser möglichen Risiken ist es wichtig, kritisch zu hinterfragen, ob kurzfristige Vorteile wirtschaftlich finanzierter Forschung die langfristigen Kosten für wissenschaftliche Freiheit und Innovationspotenzial tatsächlich rechtfertigen. Die Evidenz unserer Forschung unterstreicht die Bedeutung akademischer Freiheit für nachhaltige Innovation und die langfristige Prosperität von Gesellschaften. ■

„Pro und Contra“ wird von der GDCh-Fachgruppe Senior-experten Chemie betreut, Dieter Kunz und Helmut Ritter koordinieren die Beiträge.